

Dringender Aufruf an die Mitglieder
von National- und Ständerat
zur laufenden Sommersession
(2.-19. Juni 2020)

Zürich/Bern, 15. Juni 2020

Checks & Balances: Kontrolle des Bundesrats (Art. 169-171 der Bundesverfassung)

Beendigung des Notrechts; Ausserordentliche Umstände erfordern besondere Aufsicht

Sehr geehrte Parlamentarier/-innen, sehr geehrte Ratsmitglieder

In Ihrer Funktion als Mitglied der obersten Gewalt der Eidgenossenschaft und gestützt auf unsere Bundesverfassung (Art. 148 Abs. 1 BV)¹ rufen wir Sie im Interesse aller Schweizerinnen und Schweizer auf, **Ihrer Pflicht zur Oberaufsicht und Überprüfung gegenüber dem Bundesrat** (Art. 169; Abs. 1; 170 BV) in Bezug auf die *COVID-19-Verordnung* ² nachzukommen.

Wir ersuchen Sie, umgehend geeignete **Massnahmen zu treffen** (Art. 169; Abs. 1; 170; 171 Abs. 1; 173 Abs. 1 lit. e und g) **zur nachhaltigen Wiederherstellung der verfassungsmässigen ordentlichen Lage mit dem Ziel:**

- weitere Kollateralschäden für die Wirtschaft und die Bevölkerung wegen gesundheitsmotivierter Eingriffe in die Grundfreiheiten zu minimieren;
- das Ansehen und die Glaubwürdigkeit der höchsten Instanzen der Eidgenossenschaft durch Beseitigung eines latent verfassungswidrigen Rechtszustandes zu wahren;
- die Basis für eine Verbesserung des Rechts- und Sozialfriedens zu legen und
- die *Lessons Learned* aus COVID-19 für zukünftige ähnliche Lagen zeitnah zu ermitteln und umzusetzen.

Konkret ersuchen wir Sie, den Bundesrat anzuweisen (Art. 171 Abs. 1 BV), den verfassungsrechtlichen Normalzustand (Art. 5; 35 Abs. 2 und 36 BV) **umgehend wiederherzustellen:**

- (1) **Weisen Sie bitte den Bundesrat an, die Notrechtsverordnung COVID-19-Verordnung 2 vom 13. März 2020 mit sofortiger Wirkung ausser Kraft zu setzen.**

Begründung:

Gestützt auf die offiziell publizierten Daten des BAG und gemäss aktuellem Stand der Wissenschaft steht seit geraumer Zeit fest, dass sämtliche Ziele gem. Art. 1 Abs. 2 lit. a bis d der Verordnung erreicht wurden. Für eine fortbestehende Einschränkung von Grundrechten auf Notrechtsbasis besteht keine Rechtfertigung mehr. Der Bundesrat hat keine *empirisch-wissenschaftlich* breit abgestützten – für die Schweiz anwendbaren - Studien vorgelegt zur Substantiierung einer fortbestehenden oder in naher Zukunft erneut *drohenden, nicht anders abwendbaren Gefahr*, welche einen *signifikanten Teil der Bevölkerung mit erheblicher Wahrscheinlichkeit ernsthaft* bedroht³ (im Falle einer Aufhebung der VO). Ein allfällig noch bestehendes Restrisiko kann auf Basis des Epidemiengesetzes im Rahmen der ordentlichen Lage wirksam minimiert werden. *Besonders gefährdeten Personen* ist es zuzumuten, zu ihrem Selbstschutz soweit nötig besondere Anstrengungen zu unternehmen.

- (2) **Weisen Sie bitte den Bundesrat an, die auf Art. 7, resp. Art. 6 des Epidemiengesetzes abgestützte Ausserordentliche Lage, respektive Besondere Lage umgehend für beendet zu erklären.**

Begründung: Die gesetzlichen Voraussetzungen gem. Art. 6 und Art. 7 des Epidemiengesetzes sind nicht mehr erfüllt; s. Ersuchen Nr. (1) hiavor.

- (3) Setzen Sie bitte umgehend einen von der Verwaltung und von der Pharma-Industrie **unabhängigen Krisenrat** ein, welcher im Auftrag der Bundesversammlung die bundesrätlichen Massnahmen während der aktuellen (sowie während zukünftiger) Epidemien regelmässig überprüft (**Prüfungsthemen: Bedrohungsanalyse** [Qualität; wissenschaftliche Methodologie; breite empirische Datenbasis]; **Wirksamkeit/Auswirkungen der Massnahmen** [Evaluation/Monitoring der epidemiolog. Wirksamkeit sowie der ökonom./sozialen/etc. Folgeschäden]; **Verhältnismässigkeit**; evidenzbasierte **Information der Öffentlichkeit**), und welche das Parlament jeweils zeitnah informiert.

Begründung: Art. 169 Abs. 1; 170; 173 Abs. 1 lit. e; Art. 5; 35 Abs. 2 und 36 BV und die langandauernde ausserordentliche Tragweite der bundesrätlichen Massnahmen ohne parlamentarische Korrekturmöglichkeit. Analog Ausführungen Prof. Bruno S. Frei in NZZ vom 25.05.2020/S.7 („Krisenrat“).

- (4) Treffen Sie bitte Massnahmen zur wirksamen, zeitnahen und transparenten Überprüfung des gesamten COVID-19-Notverordnungs-Regimes mittels einer Kommission von qualifizierten und erfahrenen Experten, welche von der Verwaltung und der Pharma-Industrie unabhängig sein müssen, mit dem Ziel, zu den unter Ziff. (3) hiavor genannten Prüfungsthemen Lehren für kommende Ereignisse zu ziehen.

Begründung: Analog Ersuchen Nr. (3) hiavor.

Zur Begründung dieser Forderungen stützen wir uns auf nachfolgende Tatsachen und Überlegungen sowie auf weitergehende rechtliche Recherchen. Ein Faktenblatt mit relevanten Informationen zu COVID-19 liegt bei.

¹ Schweizerische Bundesverfassung; Systematische Sammlung des Bundesrechts: SR 101.

² COVID-19-Verordnung 2 des Bundesrates vom 13. März 2020; SR 818.101.24.

³ Gemäss einhelliger Kommentarliteratur zu Art. 36 I und zu Art. 185 III BV sind dies die Anforderungen für eine *vorsorgliche* Aktivierung der polizeilichen Generalklausel.

Ausgangspunkt

Der Bundesrat hat sich im März 2020 seiner Verantwortung gestellt und mit guten Absichten versucht, ein international gefürchtetes Worst-Case-Szenario bestmöglich abzuwenden. Unter immensem Druck von allen Seiten hat er Führungskraft bewiesen. Zweifellos kann eine solche Herausforderung nie perfekt gemeistert werden. Deshalb geht es jetzt auch keinesfalls um Schuldsuche.

In Anbetracht der grossen Tragweite der Corona-Massnahmen besteht für die oberste Gewalt unseres Staates nun aber zwingend Anlass, weiteren Schaden von der Schweiz abzuwenden und die Lehren für zukünftige ähnliche Ereignisse möglichst rasch zu ziehen.

Die Folgekosten der bundesrätlichen COVID-19-Notrechtspolitik sind in jeder Hinsicht einmalig in der Geschichte der Eidgenossenschaft: volkswirtschaftlich, privatwirtschaftlich, sozial und hinsichtlich ihrer zeitlichen Auswirkungen. Von heute auf morgen stehen zahlreiche Menschen ganzer Branchen⁴ in ihrer Existenz vor dem Nichts oder existenziell schlechter da als vor März 2020⁵. Besonders hart trifft es die junge Generation⁶.

Die Schuldenlast der Haushalte aller drei föderaler Ebenen nimmt innert kürzester Zeit massiv zu⁷. Zukünftige Fiskaleinnahmen drohen stark einzubrechen. Eine spürbare Anhebung der Steuersätze ist nur eine Frage der Zeit. Auch die Sozialwerke werden nicht verschont bleiben. **Dadurch wird die Handlungsfreiheit unseres gesamten Staatswesens stark eingeschränkt. Und einem grossen Teil unserer Bevölkerung drohen existenzielle Nachteile - bis in die nächste Generation.** So etwas darf sich nicht wiederholen!

Kolossale Eingriffe ohne das übliche demokratisch-rechtsstaatliche Verfahren

Diese Kollateralschäden sind eine Folge des COVID-19-Notrechtsregimes seit Mitte März 2020. Im Resultat wurden dadurch aufgrund einer Pandemiesituation *sämtliche ansonsten zwingend vorgeschriebenen demokratisch-rechtsstaatlichen Kontroll- und Sicherungsmechanismen auf einen Schlag abgeschaltet*, d.h.:

- Keine vorgängige parlamentarische und öffentliche Debatte;
- Keine vorgängige Mitwirkung der Betroffenen (Vernehmlassung; Referendum);
- Kein wirksamer Rechtsschutz gegen erlittenen Schaden und Willkür; keine Aussicht auf adäquate Kompensation (bzgl. Einkommenseinbussen; Verschuldung; psychische u. schulische Probleme etc.);
- Keine legale Möglichkeit der Betroffenen, gegen die COVID-19 Massnahmen (resp. für die Beachtung rechtsstaatlicher Prinzipien) wirksam öffentlichen Protest zu zeigen⁸;
- Das Parlament konnte die immensen Finanzpakete des Bundesrates bis anhin nur noch abnicken;
- Und bis heute ist keine nachträgliche unabhängige Aufarbeitung dieser COVID-19-Phase vorgesehen.

Grund für dieses aussergewöhnliche Vorgehen war bekanntlich die bedrohlich wirkende und recht unübersichtliche Nachrichtenlage anfangs März 2020. Doch heute stützt der Bundesrat sein Handeln zur Epidemie-Bekämpfung noch immer auf Art. 7 Epidemiengesetz (sog. *Ausserordentliche Lage*)⁹. Diesen Ausnahmestatus will er erst per 19. Juni 2020 aufheben. Und für die Zeit danach behält sich der Bundesrat vor, an der *Besonderen Lage* gem. Art. 6 Epidemiengesetz (EpG) auch weiterhin festzuhalten¹⁰.

Verbesserte Nachrichtenlage und verminderte Bedrohung

Seit Wochen steht nun aber zweifelsfrei fest, dass wir es hier keinesfalls mit einer neuen Spanischen Grippe zu tun haben (*was gem. Botschaft 2010 nötig wäre für Art. 7 EpG*)¹¹. Selbst zur Begründung der *Besonderen Lage* reichen die vorhandenen wissenschaftlich-empirischen Daten längst nicht (mehr) aus.

Gemäss aktuellem Stand der Wissenschaft ist nur noch eine sehr kleine Gruppe mit besonderen Merkmalen vom Virus potenziell bedroht¹². Die offiziellen BAG-Fallzahlen (Neuansteckungen; Hospitalisierungen und Todesfälle)¹³ gehen seit Ende April 2020 kontinuierlich gegen Null. Die Spitäler sämtlicher Kantone wiesen während der gesamten COVID-19 Phase sehr hohe Überkapazitäten aus¹⁴. Trotz wieder zunehmender sozialer Dichte und fast normalem Betrieb in ÖV, Verkaufslökalen und Arbeitsplätzen und trotz Massendemonstrationen am 6. Juni 2020¹⁵ steigt die Zahl der Hospitalisierungen und der Todesfälle nicht mehr erneut an. Nichts lässt darauf schliessen, dass die breite Öffentlichkeit noch immer ernsthaft gefährdet sein könnte. Über diesen erfreulichen Trend hatte der Bundesrat bereits am 27. Mai 2020 informiert¹⁶. Das übrige Europa zeigt dieselbe positive Entwicklung¹⁷.

Damit besteht heute eine deutlich bessere Informationslage und deutlich günstigere Risikobeurteilung als noch im März 2020. Das Virus ist für die Allgemeinheit eindeutig weniger gefährlich als ursprünglich befürchtet¹⁸. Trotzdem will der Bundesrat die Notrechtskompetenzen nicht aus der Hand geben. Zahlreiche Branchen sowie sämtliche Schulen und Sportvereine leiden unter schikanösen Schutzkonzepten; der obligatorische Schulunterricht ist beeinträchtigt. Unter den Betroffenen kommen sinnlose Spannungen auf. Und ein Ende ist nicht absehbar.

4 Sportvereine, Restaurants, Tourismusbranche, Musiker, Schauspieler, Schausteller (vom Zirkus Knie bis zu den Chilbi-Fahrenden), Messestand-Bauer, Sportlehrer, Fahrlehrer etc. Die Liste ist nicht abschliessend.

5 Im Mai [April] 2020 lag die Zahl der Arbeitslosen um 54% [43%] höher als im Vorjahresmonat (SECO [Amstat Statistiken](#)).

6 Im Mai [April] 2020 lag die Jugendarbeitslosigkeit (15 bis 24-jährige) um 76.7% [61.3%] höher als im Vorjahresmonat (SECO [Amstat Statistiken](#)).

7 Sonntagszeitung vom 10.05.2020: [Interview mit SNB-Chef Thomas Jordan](#).

8 Sanktionenkatalog der COVID-19-Verordnung 2 (Art. 10f); Bussen gegen friedliche Demonstranten bis hin zur [Verhaftung unbescholtener Bürger](#).

9 Bericht des Bundesrates über die Ausübung seiner Notrechtskompetenzen vom 27.05.2020, Ziff. 1.2.

10 [Medienmitteilung des BR vom 27.05.2020](#) und Berichterstattung Tagesanzeiger, 13.06.2020, Printausgabe S. 1 u. 5.

11 Botschaft 2010, S. 363 (Tabelle 3): <https://www.admin.ch/opc/de/federal-gazette/2011/311.pdf>.

12 COVID-19-Verordnung 2, ST 818.101.24: Anhang 6: Kategorien besonders gefährdeter Personen: „Gemäss aktuellem Stand der Wissenschaft...“

13 Homepage des BAG mit täglich aktualisierten Kennzahlen zu CORONA: [Neues Coronavirus: Situation Schweiz](#).

14 Medienkonferenz vom 27.05.2020: [Faktenblatt Neues Corona-Virus: Monitoring der epidemiologischen Entwicklung \(S. 3/4\)](#).

15 SRF Online, 06.06.2020: „Black Lives Matter“: <https://www.srf.ch/news/schweiz/black-lives-matter-tausende-demonstrieren-in-schweizer-staedten>.

16 [Medienkonferenz des Bundesrates vom 27.05.2020](#) mit diversen Faktenblättern und Berichten.

17 European Centre for Disease Prevention and Control (ECDC): [COVID-19 Situation Update für EU/EEA und UK per 12.06.2020](#).

18 COVID-19-Verordnung 2, ST 818.101.24: Anhang 6: Kategorien besonders gefährdeter Personen: „Gemäss aktuellem Stand der Wissenschaft...“

Vor diesem Hintergrund ist „*Notrecht gegen alle zugunsten einzelner Weniger*“ „*zwecks Abwehr von COVID-19*“ nicht mehr zu rechtfertigen. Die elementaren Grundsätze rechtsstaatlichen Handelns sind wiederherzustellen. **Je stärker und je länger sich staatliche Eingriffe gegen die Freiheiten der Bürger auswirken, desto solider müssen die Rechts- und die Faktenlage dies rechtfertigen; desto sorgfältiger muss die Güterabwägung zwischen allen betroffenen Interessen vorgenommen worden sein (Verhältnismässigkeitsprüfung). Und desto solider muss der Staat faktenbasiert darlegen können, warum seine Eingriffe tatsächlich erforderlich sind, resp. dass wirklich keine milderen Handlungsalternativen mehr existieren.**

Diese Grundsätze sind Ausdruck des **Legalitätsprinzips und des Willkürverbots**. Sie gehören zu jedem funktionierenden Rechtsstaat. Zusammen mit dem Gewaltentrennungsprinzip und der Grundrechtsgarantie dürfen diese Kernelemente einer demokratisch-rechtsstaatlichen Ordnung nicht über längere Zeit ohne echte Not eingeschränkt bleiben. Die Verfassung kennt kein „Notrecht auf Vorrat“ für rein hypothetische Risiken.

Bereits die im Epidemiegesetz verankerten Schutzklauseln der Rechtsstaatlichkeit (Regelmässige Überprüfung der Massnahmen/Verhältnismässigkeit¹⁹; föderale Subsidiarität und Selbstverantwortung der Bürger) und die solide Infrastruktur der Kantone erlauben nur noch einen Schluss: weder die Ausserordentliche Lage (Art. 7 EpG) noch die Besondere Lage (Art. 6 EpG) sind heute noch zu rechtfertigen.

Vielen Betroffenen ist es nicht mehr vermittelbar, warum es zum bundesrätlichen Notrecht nach wie vor keine milderen Alternativen gibt. Aus ihrer Perspektive verlangt der Bundesrat von seinen Bürgern: **Akzeptieren Sie die Kollateralschäden, stellen Sie keine Fragen und zahlen Sie Ihre Steuern!**

Konsequenz: Rückkehr zur verfassungsmässig gebotenen Grundordnung

In Anbetracht der gegenüber März 2020 grundlegend verbesserten Gesamtsituation (geringeres Schadenspotenzial des Virus; optimierte Informationslage, Vorwarnzeit und Infrastruktur; Erfahrung etc.) kann und muss nun zu milderen Mitteln als zum Notrecht gegriffen werden. Die Merkmale besonders gefährdeter Personen sind mittlerweile sehr gut bekannt. Diesen Personen kann es zugemutet werden, zu ihrem Selbstschutz soweit nötig besondere Anstrengungen zu unternehmen. Es ist somit klarerweise möglich und ausreichend, dem Phänomen COVID-19 im üblichen Rahmen auf kantonaler Ebene zu begegnen. (Eine optimierte Zusammenarbeit mit dem BAG bleibt dabei weiterhin möglich.)

Vor diesem Hintergrund ist es nun geboten, dass die Bundesversammlung von ihrer obersten **Aufsichts- und Kontrollfunktion** gegenüber dem Bundesrat Gebrauch macht. **Als oberste Gewalt im Staate muss sie den Bundesrat auffordern, zur demokratisch-rechtsstaatlichen Grundordnung zurückzukehren** und muss einen Prozess anstossen zur baldigen und unabhängigen Ermittlung der **Lessons Learned**.

Zum Schluss

Sehr geehrte Parlamentarier/-innen, sehr geehrte Ratsmitglieder: Bitte besinnen Sie sich auf Ihre staatsrechtliche Verantwortung als Mitglied der Legislative, und handeln Sie parteiübergreifend. Hier geht es um *wirksame Checks & Balances aufgrund ausserordentlicher Umstände*. Dieser Verfassungsauftrag lässt sich weder durch blosses Akklamation noch durch das Prinzip «Schwamm drüber» abhandeln - wie leider noch im Mai 2020 geschehen.

Für die Konsequenzen des weitreichenden COVID-19-Notrechts bezahlen (nicht gefährdete) Bürgerinnen und Bürger mit ihrem hart erarbeiteten Steuergeld und mit Einschränkungen ihrer Lebensoptionen. Deshalb und mit Blick auf künftige ähnliche Ereignisse hat der Souverän einen Anspruch darauf, dass die rechtsstaatliche Grundordnung nun wiederhergestellt und aus COVID-19 umgehend die richtigen Lehren gezogen werden.

Sollte die Bundesversammlung (trotz dieser historisch einmaligen Umstände) sich ihrer Verpflichtung gegenüber dem Souverän entziehen, ist zu befürchten, dass grosse Teile der Bevölkerung, der Rechts- und der Sozialfrieden sowie die Institutionen der Schweiz langfristig von den COVID-19-Massnahmen deutlich stärker in Mitleidenschaft gezogen werden als durch das Virus selbst.

Unsere Demokratie ist deshalb auf Sie angewiesen.

Für Rückfragen und für die Unterstützung dieses Prozesses stehen Ihnen die Initianten gerne zur Verfügung.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Initiative pro Demokratie und Rechtsstaatlichkeit Schweiz
demokratie-schweiz@bluewin.ch

Initianten:

Philipp Kruse, Fürsprecher, Steuerjurist (8942 Oberrieden);
 Basil Leisibach, MSc Biologie, Produktmanager Pharma (1700 Fribourg);
 Michael U. Baumgartner, MAS SA, Ethiker (3053 Münchenbuchsee).

Mitunterzeichner/-innen:

Christoph Meier, lic. phil (Oberrieden); Anna Brunner, Violonistin (Hünibach); Michael Sieber, Fotograf (Langnau a. Albis); Dr.jur. Heinz Raschein, Anwalt (Scharans); Sena Susanne Baumgartner, Sozialpädagogin (Biel); Verena Albrecht, Dipl. Psychomotorik-Therapeutin (Oberhofen); Maruja Laukas, Musikerin und Primarlehrerin (Sargans), Anais Guillez, Primarlehrerin (Fribourg), Michael Baeriswyl, Automationstechniker (Fribourg), Marc Zürcher, Sekundarlehrer (Spiez).

BEILAGE:

Faktenblatt: Auswahl relevanter Informationen zu COVID-19 (Stand: 14. Juni 2020)

¹⁹ [Art. 30 Abs. 1; 31 Abs. 4 EpG und 40 Abs. 3 EpG](#) (SR 818.101).

FAKTENBLATT Auswahl relevanter Daten zu COVID-19

(In der elektronischen Version sind die Links zu den Quellen verlinkt.)

- (1) Die Anzahl der Grippetoten liegt in der Schweiz bei [bis zu 2500 Personen pro Winter](#) (2015; Daten des BfS). Dieser Wert wurde durch Covid-19 bis dato bei weitem nicht erreicht (gem. BAG: [1'667 Tote, Stand 14.06.2020](#)). Die [kumulierten Todesfälle](#) (Basierend auf [Daten des BfS](#)) seit Anfang Jahr liegen in der Schweiz somit weiterhin im Bereich einer üblichen Grippewelle und weit unter der starken Grippewelle von 2015.
- (2) Laut den Daten der am besten untersuchten Länder und Regionen liegt die Letalität von Covid-19 bei [durchschnittlich ca. 0.2%](#) (Siehe Punkt 24) der positiv Getesteten und damit im Bereich einer starken Influenza (Grippe). Im Ergebnis liegt dieser Wert rund zehnmal tiefer als von der WHO ursprünglich. Die Letalität ist mit der ["Spanischen Grippe" von 1918](#) (25-50 Mio. Tote bei einer [Weltbevölkerung von bloss 1.8 Mrd.](#)) nicht ansatzweise zu vergleichen.
- (3) Das mittlere Alter («Medianalter») der Verstorbenen liegt in der Schweiz [bei 84](#) (BAG, S. 8/9) Jahren (also über der durchschnittlichen Lebenserwartung dieser Menschen).
- (4) Bei den offiziell ausgewiesenen "COVID-19-Todesfällen" ist [nicht klar](#), in wie weit das Corona-Virus tatsächlich kausal für den Tod war, resp. wie sehr die Vorerkrankungen und hohes Alter primär ausschlaggebend waren. In Italien litten bis zu 99% der verstorbenen an relevanten [Vorerkrankungen](#). [Gemäss offiziellem Situationsbericht des BAG \(S. 7/9\) litten 97% aller verstorbenen COVID-19 Patienten an mindestens einer Vorerkrankung.](#)
- (5) Die WHO [änderte 2009 ihre Pandemiedefinition](#): Sie streicht den Passus «eine sehr grosse Zahl von Toten und Krank». Neu genügt eine grossräumige Verbreitung einer Krankheit, um von der WHO als «Pandemie» eingestuft zu werden. Das Epidemiengesetz der Schweiz (und der meisten anderen Länder) ist aber im hier massgebenden Art. 7 EpG auf eine klassische Pandemie im Sinne der Spanischen Grippe ausgelegt (siehe Botschaft des Bundesrates von 2010 zu Art. 7 EpG).
- (6) Der Höhepunkt der Ausbreitung war bereits [vor dem Lockdown](#) erreicht; Gemäss einer vielbeachteten [Studie der ETH](#) vom April 2020 war die Reproduktionszahl («R») schon vor Beginn des Lockdowns [«auf praktisch eins»](#).
- (7) Das Sterberisiko für die Allgemeinbevölkerung im Schul- und Arbeitsalter liegt selbst in den weltweiten "Hotspots" zumeist im Bereich einer [täglichen Autofahrt](#) zur Arbeit. Das Risiko wurde zunächst überschätzt, da Personen mit milden oder gar keinen Symptomen nicht als COVID-19-positiv erfasst wurden.
- (8) Medienberichte, wonach auch junge und gesunde Personen an COVID-19 starben, stellten sich als falsch heraus: Viele dieser jungen Menschen starben entweder [nicht](#) an COVID-19 oder sie waren [109 statt 9 Jahre](#) alt. Die angebliche Zunahme der Kawasaki-Krankheit bei Kindern ist wurde bis heute ebenfalls wissenschaftlich nicht bestätigt (worauf die UK [Cavasaki Disease Foundation auf ihrer Homepage](#) hinweist).
- (9) Die oft gezeigten Exponentialkurven mit "Coronafällen" sind [irreführend](#), da auch die Anzahl der Tests exponentiell zunahm. Auch in der Schweiz blieb das Verhältnis von positiven Tests zu Tests insgesamt (sog. Positivenrate) [konstant bei 5% bis 25%](#) oder nahm nur leicht zu.
- (10) Zahlreiche international renommierte [Experten](#) aus den Bereichen Virologie, Immunologie und Epidemiologie [halten](#) die getroffenen Massnahmen für [kontraproduktiv](#) und empfehlen eine rasche [natürliche Immunisierung](#) der Allgemeinbevölkerung und den Schutz von Risikogruppen.
- (11) Für die Schliessung von Schulen gab es zu [keinem Zeitpunkt](#) einen medizinischen Grund.
- (12) Entgegen ursprünglicher Vermutungen zeigten [verschiedene Studien](#), dass es für die Verbreitung des Virus durch Aerosole (d.h. in der Luft [schwebende](#) Partikel) oder durch [Schmierinfektionen](#) (etwa durch Türklinken und Smartphones) [keine Evidenz](#) gibt.
- (13) Für die Wirksamkeit von Atemschutzmasken bei [gesunden](#) oder [symptomlosen](#) Personen gibt es ebenfalls [keine wissenschaftliche Grundlage](#). Experten warnen [vielmehr](#), dass solche Masken die Atmung beeinträchtigen und zu ["Keimschleudern"](#) werden.
- (14) Eine WHO-Studie von 2019 zu Massnahmen gegen Grippepandemien ergab, dass "Kontaktverfolgung" aus medizinischer Sicht ["unter keinen Umständen zu empfehlen"](#) ist.
- (15) Über 500 Wissenschaftler haben vor einer "beispiellosen Überwachung der Gesellschaft" durch problematische Apps zur Kontaktverfolgung [gewarnt](#). In einigen Ländern wird diese Kontaktverfolgung bereits direkt vom Geheimdienst [durchgeführt](#).
- (16) Der Impfstoff gegen die sog. Schweinegrippe von 2009 führte zu teilweise schweren [neurologischen Schäden](#) und Klagen in Millionenhöhe. Mehrere Experten bezeichneten forcierte Impfstoffe gegen Coronaviren als [unnötig oder sogar gefährlich](#).
- (17) Länder [ohne](#) Ausgangssperren und Kontaktverbote, wie z.B. [Japan](#), [Südkorea](#) und [Schweden](#), haben [keinen negativeren Verlauf](#) als andere Länder erlebt. Schweden wurde von der WHO zuletzt sogar als [vorbildliches Modell](#) gelobt und profitiert nun von einer hohen Immunität.

- (18) Todesfälle wurden durch die Folgen von Lockdown, Panik und Angst verursacht. So ging etwa die Behandlung von Herzinfarkten und Hirnschlägen um bis zu 60% zurück, da sich Patienten nicht mehr in die Kliniken wagen.
- (19) Die international verwendeten Virentestkits sind fehleranfällig und können falsche positive und falsche negative Resultate ergeben. Der offizielle Virentest wurde aus Zeitdruck zudem nicht klinisch validiert und kann mitunter auch auf andere Coronaviren reagieren.
- (20) Im Rahmen von COVID-19 kam nicht die seit langem bestehende Schweizer Pandemie-Kommission zum Einsatz, sondern eine eigens gegründete “Covid-19 Task Force”, deren Mitglieder teilweise Interessenskonflikte im Bereich der Pharmazie aufweisen.
- (21) Regional stark erhöhte Sterblichkeiten können entstehen, wenn es zu einem infektions- oder panikbedingten Kollaps der Alten- und Krankenpflege kommt oder zusätzliche Risikofaktoren wie starke Luftverschmutzung bestehen. Ungewöhnlich strenge Vorschriften zum Umgang mit Verstorbenen führten teilweise zu zusätzlichen Engpässen bei Bestattungen.
- (22) In Ländern wie Italien und Spanien sowie teilweise Grossbritannien und den USA haben auch Grippewellen bereits bisher zu einer Überlastung der Krankenhäuser geführt. Derzeit müssen zudem tausende Ärzte und Pfleger, auch ohne Symptome, in Quarantäne.
- (23) Die Angst vor einer Knappheit an Beatmungsgeräten war unberechtigt. Laut Lungenfachärzten ist die invasive Beatmung (Intubation) von COVID-19-Patienten, zudem oftmals kontraproduktiv und schädigt die Lungen zusätzlich.
- (24) **Studien betreffen Mortalitätsraten im Detail**
- (24.1) **Studien zu: Covid-19 infection fatality rates (IFR) based on antibody studies**
Population-based antibody seroprevalence studies.

Country	Published	Population	IFR (%)	Source
Global	May 19	Most countries	<0.20	Study
		Three hotspots	<0.40	
Germany	May 4	Heinsberg Cluster	<0.36 ¹	Study
Iran	May 1	Guilan province	<0.12	Study
USA	April 30	Santa Clara County	0.17	Study
Denmark	April 28	Blood donors (<70y)	0.08	Study
USA	April 24	Miami-Dade County	0.18	Report
USA	April 21	Los Angeles County	<0.20	Study

- (24.2) **Studien zu: Covid-19 infection fatality rates based on controlled PCR studies**
Controlled PCR studies in population subgroups.

Country	Date	Population	IFR (%)	Source
France	May 21	Health workers	0.05	Study
USA	May 10	MLB employees	0.00	Report
France	May 10	Aircraft carrier	0.00	Report
USA	May 10	Aircraft carrier	0.09	Report
USA	May 1	Tennessee prison	0.00	Report
Italy ²	April 28	Health workers	0.30	Study
USA	April 17	Boston homeless	0.00	Report
USA	April 17	Boston blood donors	0.00	Report
Ship	April 17	Diamond Princess	0.13 ¹	Study
Greece	April 16	Repatriations	0.00	Study
USA	April 13	NYC pregnant women	0.00	Study